

## 2. Strafrechtlich relevante Tatbestände bei Ausübung von Sonder- und Wegerechten

### A. Fallzahlen und empirische Analyse strafrechtlicher Verfahren

Wie einleitend bereits erwähnt, beläuft sich die jährliche Zahl der Einsätze unter Verwendung von Sonder- und Wegerechten nach überschlägiger Schätzung auf eine weit zweistellige Millionen-Höhe. Denn allein aus einer zusammenfassenden Studie der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt)<sup>28</sup> aus dem Jahr 2008/2009, in welcher die Leistungen des öffentlichen Rettungsdienstes untersucht wurden, ergibt sich bereits, dass allein im öffentlichen Rettungsdienst (die privaten Rettungsdienste also ausgenommen!) rund 11,4 Millionen Einsätze mit insgesamt 14,2 Millionen Einsatzfahrten durchgeführt werden, was einer Einsatzrate von rund 143 Einsätzen pro 1000 Einwohnern und Jahr entspricht. Knapp die Hälfte hiervon, nämlich 49 %, werden von den Rettungsleitstellen als Notfall kategorisiert,<sup>29</sup> d.h. jährlich werden allein vom öffentlichen Rettungsdienst rund sieben Millionen Einsatzfahrten unter der Verwendung von Sonder- und Wegerechten durchgeführt (dies entspricht rund 35.000 pro Tag).<sup>30</sup>

Da der öffentliche Rettungsdienst einen Marktanteil von etwa 82 % umfasst,<sup>31</sup> müssen diese Zahlen für die zusätzlichen 18 % an privaten Rettungsdiensten hochgerechnet werden. Bezugnehmend auf Polizei und Feuerwehr, die nur vereinzelt Statistiken zu den von ihnen durchgeführten Fahrten unter Verwendung von Sonder- und Wegerechten veröffentlichen, sind nur relative Schätzungen zu den von ihnen durchgeführten Einsatzfahrten möglich.<sup>32</sup>

---

<sup>28</sup> <http://www.bast.de/DE/Publikationen/Berichte/unterreihe-m/2011-2010/m217.html>.

<sup>29</sup> <http://www.bast.de/DE/Publikationen/Berichte/unterreihe-m/2011-2010/m217.html>.

<sup>30</sup> <http://www.bast.de/DE/Publikationen/Berichte/unterreihe-m/2011-2010/m217.html>.  
[http://www.gbe-bund.de/oowa921-install/servlet/oowa/aw92/dboowasys921.xwdevkit/xwd\\_init?gbe.isgbetol/xs\\_start\\_neu/&p\\_aid=i&p\\_aid=40612046&nummer=459&p\\_sprache=D&p\\_indsp=99999999&p\\_aid=65662712](http://www.gbe-bund.de/oowa921-install/servlet/oowa/aw92/dboowasys921.xwdevkit/xwd_init?gbe.isgbetol/xs_start_neu/&p_aid=i&p_aid=40612046&nummer=459&p_sprache=D&p_indsp=99999999&p_aid=65662712).  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/rettungsdienst-die-tatuetata-privatisierung-a-692136.html>.

<sup>31</sup> <http://www.trend-zeitschrift.de/2011/12/21/g-a-r-d-rettter-im-wettbewerb/>.

<sup>32</sup> Vgl. die Ergebnisse der dieser Arbeit zugrunde liegenden Evaluation weiter unten.

So wurde beispielsweise allein die Berufsfeuerwehr Hamburg im Jahr 2012 248.458 mal alarmiert,<sup>33</sup> die Berufsfeuerwehr der Stadt München 75.768<sup>34</sup> Mal und die des Bundeslandes Berlin 360.215 Mal.<sup>35</sup>

Insgesamt dürfte sich aber in Bezug auf Rettungsdienst, Feuerwehr und Polizei ein überschlägiges jährliches Gesamteinsatzaufkommen von etwa 20 Millionen Einsätzen mit Blaulicht und Martinshorn für die gesamte Bundesrepublik ergeben, bedenkt man dabei den Umstand, dass die oben zitierten Aktivitäten des öffentlichen Rettungsdienstes bei den Einsatzkräften der Polizei und Feuerwehr ähnlich häufig und oftmals mit dem Rettungsdienst parallel verlaufen.<sup>36</sup>

Ungeachtet dessen ermittelte eine von der Bundesanstalt für Straßenwesen in Auftrag gegebene Studie ein im Vergleich zu den übrigen Verkehrsteilnehmern achtfach höheres Risiko, bei Einsatzfahrten in einen – auf der Nutzung von Sonder- und Wegerechten kausal beruhenden Unfall – mit Schwerverletzten verwickelt zu werden; es resultiert die rechnerische Wahrscheinlichkeit eines Unfalls mit mindestens einer getöteten Person nach je 272.000 Einsatzfahrten.<sup>37</sup> Dabei sei nach Auswertung der allgemeinen Unfallstatistiken der vergangenen Jahre im Zusammenhang mit Einsatzfahrten – laut Müller – in 60 % der Fälle der den Unfall verursachende Fehler bei den Einsatzfahrern zu suchen, wenngleich bei den jährlich 2,2 Millionen polizeilich erfassten Verkehrsunfällen die Unfälle im Zusammenhang mit Einsatzfahrten nicht gesondert erfasst werden und insofern nur Hochrechnungen möglich sind.<sup>38</sup>

Umso mehr verwundert es, dass im Rahmen einer Recherche innerhalb der Rechtsprechungsdatenbanken gerade einmal vier (!) strafrechtliche Entscheidungen im Zusammenhang mit den Sonder- und Wegerechten zu recherchieren waren,<sup>39</sup> während dieser niedrigen Anzahl im eklatanten Gegensatz dazu gleichzeitig zahlreiche Medienberichte entsprechen:

---

<sup>33</sup> <http://www.hamburg.de/contentblob/3904528/data/2013-04-08-bis-pm-feuerwehr-2012.pdf>

<sup>34</sup> <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kreisverwaltungsreferat/Branddirektion-Muenchen/Wir-ueber-uns/Zahlen--Daten--Fakten.html>.

<sup>35</sup> <http://www.berliner-feuerwehr.de/3222.html>.

<sup>36</sup> Wird etwa ein Brand oder ein Verkehrsunfall gemeldet, rücken sowohl Rettungsdienst als auch Polizei und Feuerwehr aus. Gleiches gilt für zahlreiche andere Einsätze wie Betriebsunfälle, Unfälle im häuslichen Bereich (Stichwort Verdacht einer Fahrlässigkeits-Straftat) und bei kriminellen Zwischenfällen in denen die Polizei zeitgleich zumindest den Rettungsdienst mialarmiert.

<sup>37</sup> Vgl. hierzu bereits einleitend oben, Bockting, Verkehrsunfallanalyse S. 9.

<sup>38</sup> Müller, Einsatzfahrten S. 17.

<sup>39</sup> Eine am 04.04.2014 durchgeführte Online-Recherche ergab für strafgerichtliche Treffer im Zusammenhang mit Sonder- und Wegerechten bei „Beck Online“ gerade einmal 10 Treffer, von denen nur 4 (!) Urteile im unmittelbaren Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Entscheidung bei der Verwendung von Sonder- und Wegerechten standen, bei der Datenbank „Juris“ gerade einmal 3 (!) solche Entscheidungen.

So ergab bereits eine Medienrecherche zum Begriff „schwerer Unfall mit Blaulicht“ über die Internetsuchmaschine „Google“ 831.000 Ergebnisse!<sup>40</sup>

- <sup>40</sup> Die ersten zehn Seiten der Ergebnisliste zur Onlinerecherche „schwerer Unfall mit Blaulicht“ ergab bei „Google“ folgende Treffer, allesamt Medienberichte, die im unmittelbaren Zusammenhang mit schweren oder tödlichen Verletzungen unter Verwendung von Sonder- und Wegerechten stehen:
- <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.unfall-im-allgaeu-bub-von-rettungswagen-angefahren-und-ge-toetet.53f770e0-93cf-4e99-82ae-222d0f6cf02a.html>.
- <http://www.bild.de/regional/muenchen/verkehrsunfall/tram-stoesst-mit-rettungswagen-zusammen-35353898.bild.html>.
- <http://www.merkur-online.de/lokales/uerstenfeldbruck/grafath/unfall-rettungswagen-mann-lebensgefahr-1325789.html>.
- <http://www.express.de/koeln/unfall-in-hoehe-offenbachplatz-rettungswagen-im-einsatz-rammt-Pkw-2856.27888754.html>.
- <http://www.bild.de/regional/leipzig/unfallverletzungen/unfall-rettungswagen-umgekippt-29333058.bild.html>.
- <http://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/bewachung-fuer-rettungswagen-fahrer-108249607.html>.
- <http://www.retter.tv/de/polizei.html?ereignis=Toedlicher-Unfall-bei-Dorum-Motorradfahrer-kracht-in-Rettungswagen-&ereignis=25940>.
- [http://www.nwzonline.de/blaulicht/schwerer-unfall-mit-rettungswagen\\_a\\_11\\_5.1703885594.html](http://www.nwzonline.de/blaulicht/schwerer-unfall-mit-rettungswagen_a_11_5.1703885594.html).
- <http://www.wochenblatt.de/mediathek/bildergalerie/cmc24129.581842.html>.
- <http://www.fnp.de/rhein-main/blaulicht/Rettungswagen-kracht-gegen-Strassenlaterne:art25945.909900.html>.
- <http://www.derwesten.de/staedte/hagen/5-verletzte-bei-unfall-mit-rettungswagen-auf-kreuzung-fei-thstrasse-flyer-strasse-id8409255.html>.
- <http://www.op-online.de/lokales/rhein-main/schwerer-unfall-sachsenhausen-strassenbahn-rammt-rettungswagen-3306618.html>.
- <http://www.nokzeit.de/fuenf-verletzte-bei-unfall-mit-rettungswagen.html>.
- <http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/11187/2731007/pol-ms-verletzte-nach-unfall-mit-rettungswagen.html>.
- <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/schwerer-unfall-mit-rettungswagen.10810590.10059552.html>.
- <http://www.stimme.de/polizei/heilbronn/Fuenf-Verletzte-bei-Unfall-mit-Rettungswagen:art1491.3142126.html>.
- <http://www.noz.de/lokales/bohmte/artikel/489548/unfall-mit-rettungswagen-in-stirpe.html>.
- <http://www.hna.de/lokales/northeim/schwerer-unfall-b241-auto-stoesst-rettungswagen-zusammen-2825975.html>.
- <http://www.dorfinfo.de/unfall-mit-rettungswagen/1048241.html>.
- <http://www.lvz-online.de/leipzig/polizeiticker/polizeiticker-leipzig/schwerer-unfall-mit-rettungswagen-in-der-leipzigerinnenstadt-fuenf-personen-verletzt/r-polizeiticker-leipzig-a-177155.html>.
- <http://www.radiodresden.de/gewinnspiele-aktionen/unfall-mit-rettungswagen-in-pirna-567122.html>.
- <http://www.haz.de/Hannover/Aus-den-Stadteilen/Nord/Polizist-als-Fussgaenger-bei-Unfall-in-Hannover-Vahrenwald-schwer-verletzt.html>.
- <http://muehlacker-tagblatt.de/nachbarregionen/bretten-oberderdingen/unfall-mit-rettungswagen-fordert-zwei-verletzte.html>.
- <http://www.stuttgarter-zeitung.de/gallery.unfall-in-goeppingen-schon-wieder-einen-rettungswagen-gerammt-param-1-0-0-24-fade.565970d3-3fad-498f-ad3e-159200a21f22.html>.
- <http://www.rosenheim24.de/news/bayern/81-jaehrigerstirbtbei-unfall-krankenwagen-rosenheim24-1216916.html>.
- <http://www.wochenspiegelonline.de/content/nachrichten/blaulicht/article/unfall-mit-einem-rettungswagen.html>.
- <http://www.eurotransport.de/news/unfall-mit-rettungswagen-unaufmerksame-autofahrer-haftten-mit-6517361.html>.
- [http://www.welt.de/print/welt\\_kompakt/duesseldorf/article130028669/21-Jaehrig-ber-Unfall-mit-Rettungswagen-schwer-verletzt.html](http://www.welt.de/print/welt_kompakt/duesseldorf/article130028669/21-Jaehrig-ber-Unfall-mit-Rettungswagen-schwer-verletzt.html).
- <http://www.zak.de/artikel/details/22354/Schoemberg-Schnelle-Notfall-Fahrt-in-Schoemberg-DRK-Rettungswagen-kippt-um.html>.
- [http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/tuebingen\\_artikel.-Unfall-mit-dem-Rettungswagen\\_.arid.250697.html](http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/tuebingen_artikel.-Unfall-mit-dem-Rettungswagen_.arid.250697.html).
- <http://www.wa.de/nachrichten/nrw/kollision-rettungswagen-hagen-fuenf-verletzte-unfall-3096939.html>.
- <http://www.wa.de/nachrichten/nrw/kollision-rettungswagen-hagen-fuenf-verletzte-unfall-3096939.html>.
- <http://www.emsdettenervolkszeitung.de/staedte/emsdetten/Rettungswagen-rammt-Kleinwagen-Schwerer-Unfall-mitten-in-der-Emsdettener-Innenstadt:art954.2205584.html>.
- <http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/110976/2688159/pol-rt-schwerer-verkehrsunfall-mit-rettungswagen-auf-der-b-28-bei-tuebingen.html>.
- <http://www.ksta.de/pulheim/schwerer-unfall-in-pulheim-stommeln-frau-aus-fahrzeugwrack-befreit.15189190.26972560.html>.
- [http://sdp.fnp.de/lokales/kreise\\_of\\_gross-gerau/Schwerer-Verkehrsunfall-mit-Rettungswagen:art688.883941.html](http://sdp.fnp.de/lokales/kreise_of_gross-gerau/Schwerer-Verkehrsunfall-mit-Rettungswagen:art688.883941.html).
- <http://www.waz-online.de/Wolfsburg/Wolfsburg/Stadt-Wolfsburg/Schwerer-Unfall-mit-Rettungswagen-Sechs-Verletzte.html>.
- <http://www.hna.de/lokales/northeim/schwerer-unfall-willershausen-feuerwehr-rettungsdienst-einsatz-3636817.html>.
- [http://www.nordbayerischer-kurier.de/nachrichten/schwerer-unfall-bei-bindlach\\_186903.html](http://www.nordbayerischer-kurier.de/nachrichten/schwerer-unfall-bei-bindlach_186903.html).
- <http://www.rettungsdienst.de/nachrichten/todlicher-rtw-unfall-in-bayern-6333.html>.
- <https://www.facebook.com/DerRettungsdienst/posts/695585260469416.html>.
- <http://www.wochenblatt.de/mediathek/bildergalerie/cmc25136.607472.html>.
- <http://www.morgenweb.de/region/mannheimer-morgen/metropolregion/fotostrecken/leimen-schwerer-unfall-mit-rettungswagen-1.1098265.html>.
- <http://www.nrwspot.de/iserlohn-suemmern-rettungswagen-stuerzt-unfall-seite.html>.
- [http://www.rnf.de/leimen-rettungswagen-in-schweren-unfall-verwickelt-12393/#.U8\\_1jYzboo.html](http://www.rnf.de/leimen-rettungswagen-in-schweren-unfall-verwickelt-12393/#.U8_1jYzboo.html).
- <http://www.info-tv-leipzig.de/news/info-tv-news/polizei-justiz/unfall-mit-rettungswagen.html>.
- <http://www.tz.de/muenchen/stadt/zwei-verletzte-unfall-rettungswagen-3336765.html>.
- <http://www.ramasuri.de/170628/nachrichten/polizeimeldungen/bindlach-schwerer-unfall-mit-rettungswagen.html>.
- <http://www.localxl.com/iserlohn/schwerer-unfall-mit-einem-rettungswagen-1396279482-ftz.html>.

<http://www.aachener-zeitung.de/lokales/aachen/lkw-rammt-rettungswagen-vier-verletzte-1.824888.html>.  
<http://www.einsatzinfo112.de/10/08/2013/news/schwerer-verkehrsunfall-mit-rettungswagen.html>.  
<http://www.bild.de/regional/chemnitz/unfaelle/rettungswagen-rast-in-vw-golf-24321570.bild.html>.  
<http://www.feuerwehrmagazin.de/nachrichten/einsatz/vier-schwer-verletzte-bei-rtw-unfall-38553.html>.  
<http://www.stuttgart-journal.de/tp2/pool/news/a/ostfildern-ruit-schwerer-unfall-mit-rettungswagen-und-erdgas-auto.html>.  
<http://euregio-aachen.de/bonn-rettungswagen-verursacht-schweren-unfall-sieben-verletzten.html>.  
[http://www.schwaebische.de/region/baden-wuerttemberg\\_artikel,-Fuenf-verletzte-bei-Unfall-mit-Rettungswagen-\\_arid.5606326.html](http://www.schwaebische.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-Fuenf-verletzte-bei-Unfall-mit-Rettungswagen-_arid.5606326.html).  
[http://www.tuepps.de/weblog/recht\\_und\\_ordnung/view/dt/3/article/27847/Schwerer\\_Verkehrsunfall\\_mit\\_Rettungswagen.html?imageId/622107.html](http://www.tuepps.de/weblog/recht_und_ordnung/view/dt/3/article/27847/Schwerer_Verkehrsunfall_mit_Rettungswagen.html?imageId/622107.html).  
<http://www.kreisblatt.de/lokales/main-taunus-kreis/Unfall-mit-Rettungswagen;art676,159905.html>.  
<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/wermelskirchen/frau-stirbt-nach-unfall-mit-rettungswagen-aid-1.3030320.html>.  
<http://www.rettungsdienst-kronach.de/aktuelles/newsdetails/article/erneut-schwerer-verkehrsunfall-bei-wallenfels.html>.  
<http://mobil.idowa.de/home/artikel/2014/03/09/rettungswagen-verunglueckt-auf-dem-weg-zum-einsatz-drei-personen-zum-teil-schwer-verletzt.html>.  
<http://www.nordkurier.de/polizeiticker/rettungswagen-unfall-ein-toter-zwei-schwerverletzte-063582612.html>.  
<https://www.polizei.bayern.de/niederbayern/news/presse/aktuell/index.html/183807.html>.  
<http://www.abendblatt.de/region/article/122636850/Patientin-stirbt-bei-Unfall-mit-Rettungswagen.html>.  
<http://www.rosenheim24.de/news/bayern/schwerer-autounfall-dingolfing-3407388.html>.  
<http://www.rosenheim24.de/news/bayern/schwerer-autounfall-dingolfing-3407388.html>.  
<http://www.lr-online.de/regionen/senftenberg/Schwerer-Verkehrsunfall-auf-B169-bei-Lauchhammer;art1054,4342501.html>.  
<http://www.anc-newswire.de/2012/12/schwerer-unfall-mit-rettungswagen-aufhtml>.  
<http://www.morgenpost.de/berlin/polizeibericht/article/1698159/Schwerer-Unfall-mit-Rettungswagen-im-Einsatz.html>.  
<http://www.shz.de/schleswig-holstein/meldungen/unfall-mit-rettungswagen-autofahrer-schwer-verletzt-id5081771.html>.  
<http://www.feuerwehrleben.de/todlicher-vu-mit-rettungswagen.html>.  
<http://www.express.de/koeln/unglueck-in-aachen-lkw-rammt-rettungswagen---sanitaeter--33--schwer-verletzt.2856.27104686.html>.  
<http://www.innsalzach24.de/innsalzach/muehldorf/heldenstein/b12-schwerer-unfall-polizeiauto-bayern-innsalzach24-1393674.html>.  
[http://www.pnp.de/region\\_und\\_lokal/landkreis\\_altoetting/burgkirchen\\_garching/1165994\\_Polizei-Fahrzeug-uebersehen-Wieder-schwerer-Unfall-bei-Pirach.html](http://www.pnp.de/region_und_lokal/landkreis_altoetting/burgkirchen_garching/1165994_Polizei-Fahrzeug-uebersehen-Wieder-schwerer-Unfall-bei-Pirach.html).  
<http://www.report-k.de/Koeln/Blaulicht/Koeln-Innenstadt-Schwerer-Verkehrsunfall-mit-Polizeibeteiligung-26647.html>.  
<http://soldierkierzkurier.wordpress.com/polizeiauto-rammte-transporter---schwerer-unfall-prinzenallee-ecke-osloer-strasse.html>.  
<http://www.mz-web.de/merseburg-querfurt/saalekreis-schwerer-unfall-mit-polizeifahrzeug.20641044,17470616.html>.  
<http://www.radiobrocken.de/nachrichten/schwerer-unfall-mit-polizeiauto-der-boerde.html>.  
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/kollision-bei-blaulichtfahrt-schwerer-unfall-mit-polizeiauto-in-kreuzberg/4473980.html>.  
<http://www.highwaycop.de/forum/viewtopic.php?f=56&t=1753.html>.  
<http://www.maz-online.de/Home/Polizei/Schwerer-Unfall-mit-Polizeiwagen.html>.  
<http://www.stadt.kometen.de/2012/07/05/schwerer-unfall-heute-morgen-in-freiburg-polizeiauto-rast-gegen-ampel/ .html>.  
<http://www.rosenheim24.de/news/bayern/schwerer-unfall-feuerwehrauto-foto-chiemgau24-1271112.html>.  
<http://www.nordbayern.de/region/lauf/lkw-rast-in-feuerwehrauto-zwei-tote-ein-verletzter-auf-a9-1.3568472.html>.  
<http://www.retter.tv/de/feuerwehr.html?ereig=Heidenrod-Schwerer-Unfall-mit-Feuerwehrauto-&ereignis=25224.html>.  
<http://www.welt.de/vermisches/article3537162/Drei-Tote-bei-Unfall-mit-Feuerwehrauto.html>.  
<http://www.feuerwehrmagazin.de/top-themen/unfall-feuerwehrauto-vaihingen-muehlacker-43040.html>.  
<http://www.mrn-news.de/2011/02/28/heidelberg-schwerer-unfall-mit-feuerwehrauto-Pkw-fahrer-lebensgefahrlch-verletzt-38495-38495/ .html>.  
<http://www.paz-online.de/Peiner-Land/Lokalnachrichten/Stadt-Peine/Schwerer-Unfall-mit-Feuerwehrauto-auf-Einsatzfahrt.html>.  
<http://www.einsatzinfo112.de/08/04/2014/news/horrorunfall-mit-zwei-toten-lkw-rast-in-feuerwehrauto-feuerwehrkamerad-verstorben/.html>.  
<http://www.shortnews.de/id/1084830/schnaittach-schwerer-unfall-mit-feuerwehr-auf-der-a9-zwei-tote.html>.  
[http://www.schwaebische.de/region\\_artikel,-Feuerwehrauto-stoesst-bei-Einsatz-mit-Rettungswagen-zusammen-\\_arid.5077954.html](http://www.schwaebische.de/region_artikel,-Feuerwehrauto-stoesst-bei-Einsatz-mit-Rettungswagen-zusammen-_arid.5077954.html).  
<http://www.in-online.de/lokales/Luebeck/Schwerer-Unfall-Feuerwehrauto-prallt-gegen-Baum>.  
[http://www.focus.de/fotos/schwerer-verkehrsunfall-zwischen-tram-und-feuerwehrauto\\_id.3739952.html](http://www.focus.de/fotos/schwerer-verkehrsunfall-zwischen-tram-und-feuerwehrauto_id.3739952.html).  
<http://unfaelle24.de/verkehrsunfall-mit-feuerwehrauto-in-oberreitnau-bodensee-all-in-de-das-allgäu-online-6387.html>.  
<http://www.einsatzfotos.tv/2013/12/26/verkehrsunfall-mit-feuerwehrauto-bad-homburg.html>.  
[http://www.ruhnmachrichten.de/nachrichten/vermisches/aktuelles\\_berichte/Taxifahrer-nach-Unfall-mit-Feuerwehrauto-weiter-in-Lebensgefahr;art29854,533425.html](http://www.ruhnmachrichten.de/nachrichten/vermisches/aktuelles_berichte/Taxifahrer-nach-Unfall-mit-Feuerwehrauto-weiter-in-Lebensgefahr;art29854,533425.html).  
<http://www.mopo.de/polizei/unfall-auf-der-a1--feuerwehrauto-kracht-in-polizeiwagen,7730198,15047528.html>.  
<http://www.fwnetz.de/2011/02/28/erneut-unfall-mit-feuerwehrauto.html>.  
<http://www.feuerwehrleben.de/todlicher-unfall-Pkw-gegen-feuerwehrauto.html>.  
<http://www.infranken.de/regional/kronach/Zusammenstoß-mit-Feuerwehrauto-ein-Schwerer-Verletzter;art219,580852.html>.  
<http://www.feuerwehrleben.de/todlicher-verkehrsunfall-mit-einsatzfahrzeug/ .html>.  
<http://www.volksfreund.de/nachrichten/region/region/Region-Feuerwehrmann-stirbt-bei-Unfall-mit-Einsatzfahrzeug;art1129,2377230.html>.

Legt man also allein diese hohe Unfallstatistik bei Einsatzfahrten unter Verwendung von Sonder- und Wegerechten zu Grunde, müsste wenigstens bei schweren Verletzungen oder gar Tötungen von Menschen eigentlich ein ähnlich hohes Aufkommen an Strafverfahren zu erwarten sein. Dementsprechend sollte eine kongruente Zahl an Strafverfahren zu recherchieren sein, insbesondere wenn man bedenkt, dass bei schweren Verletzungen das Verfahren nicht durch Verweisung auf den Privatklageweg oder Verneinung eines öffentlichen Interesses abgelehnt werden kann und dass zumindest bei der fahrlässigen Tötung ein Einschreiten von Amts wegen verpflichtend ist.<sup>41</sup>

Die Zahl veröffentlichter strafrechtlicher Entscheidungen, die sich auf Sonder- und Wegerechte beziehen, ist allerdings sehr niedrig, im Rahmen einer umfassenden Online-Recherche lag sie – wie bereits dargelegt – im unteren einstelligen Prozentanteil.<sup>42</sup> Die wenigen veröffentlichten Entscheidungen hierzu betreffen ausschließlich Delikte der fahrlässigen Tötung oder der fahrlässigen Körperverletzung (mit schweren, meist schwersten Verletzungen).<sup>43</sup>

Plausible Gründe hierfür bewegen sich im Bereich reiner Spekulation. Denn eine Auseinandersetzung mit den Sonder- und Wegerechten im Strafrecht findet in der Literatur kaum statt.<sup>44</sup>

Dass diese praxisrelevante Thematik kaum Beachtung findet, ist in der Rechtswissenschaft ungewöhnlich; eine deshalb im Rahmen dieser Arbeit gemachte empirische Untersuchung blieb im Ergebnis aber wenig befriedigend:

Eine Anfrage bei 115 Staatsanwaltschaften und 485 Gerichten der Bundesrepublik sowie bei 480 Kreisverbänden des Deutschen Roten Kreuzes, 73 Kreisverbänden des Bayerischen Roten Kreuzes und ca. 250 Polizeipräsidien und übergeordneten Polizeidienststellen mit der Bitte um Übersendung einschlägiger – im Zusammenhang mit den Sonder- und Wegerechte stehender – Strafverfahren und/oder persönlicher Erfahrungen zur Unterstützung der vorliegenden Arbeit erbrachte nur wenige zu verwertende Ergebnisse:

---

<http://www.kfv-schweinfurt.de/index.php/component/k2/item/130-erneut-toedlicher-unfall-mit-feuerwehr-einsatzfahrzeug-in-bayern/130-erneut-toedlicher-unfall-mit-feuerwehr-einsatzfahrzeug-in-bayern.html>.

<http://www.mittelbayerische.de/index.cfm?pid=10039&pk=141274.html>.

[http://www.nwzonline.de/videos/3-verletzte-nach-unfall-mit-einsatzfahrzeug\\_a\\_1\\_0,942534474.html](http://www.nwzonline.de/videos/3-verletzte-nach-unfall-mit-einsatzfahrzeug_a_1_0,942534474.html).

<sup>41</sup> Vgl. hierzu den aus Art 3 GG abgeleiteten Legalitätsgrundsatz Straftaten bei Bestehen eines Anfangsverdachts von Amts wegen zu verfolgen, § 160 StPO; vgl. hierzu bereits Fußnote 20.

<sup>42</sup> Wenngleich die Zahl zivilgerichtlicher Urteile hierzu exponentiell höher ist.

<sup>43</sup> Da in den Strafrechtsdatenbanken auch OWi-Verfahren erfasst werden, wurden zu strafrechtlichen Entscheidungen bezogen auf die Sonder- und Wegerechte auch einige OWi-Verfahren gefunden, die angesichts der rein strafrechtlichen Betrachtung der Sonder- und Wegerechte in dieser Arbeit allerdings keinen direkten strafrechtlichen Bezug haben.

<sup>44</sup> Vgl. hierzu unten in Kapitel 4 B 1 näher.

- Weder bei den staatlichen Behörden (Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gericht) noch in den Kreisverbänden des Roten Kreuzes werden statistische Erhebungen zu Straftaten in Bezug auf Einsatzfahrten unter Verwendung von Sonder- und Wegerechten geführt. Diese werden auch nicht in der EDV oder in den Registraturen gesondert ausgewiesen<sup>45</sup>.
- Etwas mehr als die Hälfte der Anfragen blieben entweder gänzlich unbeantwortet oder wurden höflich abgelehnt: Es wurde darauf verwiesen, es würde einen unverhältnismäßigen Aufwand bedeuten, solcherlei Verfahren gesondert herauszusuchen, übergeordnete Abteilungen seien für solcherlei Anfragen zuständig, oder es dürfe aus „datenschutzrechtlichen“ Gründen keine Auskunft erteilt werden.<sup>46</sup>
- 55 Amts- und Landgerichte sowie 18 Staatsanwaltschaften, 40 Kreisverbände des Roten Kreuzes und (nur) sechs Polizeidienststellen teilten mit, interne Umfragen hätten ergeben, dass solcherlei strafrechtliche Verfahren (in Bezug auf §§ 35 und 38 StVO) bisher nicht (!) bearbeitet worden wären oder in Erscheinung getreten seien.<sup>47</sup>

<sup>45</sup> Vgl. u.a. Antworten der Staatsanwaltschaften/Gerichte München, Offenburg, Gera, Magdeburg, Wiesbaden, Köpenick, Hildesheim, Lübeck, Verden, Memmingen, Regensburg, Kiel, Oldenburg, Wetzlar, Oranienburg, Frankfurt am Main, Stralsund, Mönchengladbach, Limburg a.d. Lahn, Stadroda, Göttingen, Bad Kreuznach, Hof, Würzburg, Darmstadt und des Bayerischen Staatsministeriums des Innern.

<sup>46</sup> Schreiben des/der LG Köln, AG Köln, AG Düsseldorf, AG Stolzenau, Staatsanwaltschaft Hannover, Staatsanwaltschaft Hamburg, AG Lingen, AG Schwalmstadt, AG Hamm, AG Aachen, LG Düsseldorf, AG Gelsenkirchen, AG Holzminden, AG Bernkastel-Kues, LG Dortmund, LG Gera, LG Hildesheim, AG Bamberg, OLG Köln, LG Wuppertal, LG Duisburg, AG Nordhorn, Staatsanwaltschaft Osnabrück, AG Walsrode, Bayerisches Staatsministerium der Justiz, Staatsanwaltschaft Rostock, DRK Herford, DRK Ludwigslust, DRK Halle, DRK Cuxhaven, DRK Dithmarschen, DRK Herne, DRK Fläming-Spreewald, DRK Rendsburg, DRK Kaiserslautern, DRK Baden-Baden, DRK Rügen-Stralsund, DRK Westerwald, DRK Rhein-Sieg, DRK Biedenkopf, DRK Darmstadt, DRK Landau, DRK Uckermark, DRK Main-Kinzig, BRK München, DRK Köln, DRK Hagen, Polizeipräsidium Bielefeld, Polizeipräsidium Oberbayern Süd, Polizeipräsidium München, Polizeipräsidium Unterfranken, Polizeipräsidium Oberpfalz, Polizeidirektion München Ost, Verkehrspolizeiinspektion Schweinfurt, Polizeiinspektion Passau, Polizeiinspektion Milbertshofen, Verkehrspolizeiinspektion Neu-Ulm, Polizeiinspektion Auerbach, Polizeiinspektion Moosach, Polizeiinspektion Ismaning, Polizeiinspektion Schwabing, Verkehrspolizeiinspektion Bayreuth, Polizeipräsidium Ostthessen, Polizeipräsidium Reutlingen, Polizeipräsidium Stuttgart, Polizeipräsidium Schwaben Nord, Polizeipräsidium Oberfranken, Polizeipräsidium Dortmund, Polizeipräsidium Neubrandenburg, Polizeipräsidium Krefeld, Polizeipräsidium Düsseldorf, Polizeipräsidium Ludwigslust, Staatsanwaltschaft Koblenz, Staatsanwaltschaft Aschaffenburg, Staatsanwaltschaft Bremen, Staatsanwaltschaft Trier, Staatsanwaltschaft Mannheim, Staatsanwaltschaft Hechingen, Staatsanwaltschaft Schweinfurt, Staatsanwaltschaft Weiden, Staatsanwaltschaft Ingolstadt, Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder), Staatsanwaltschaft Verden, Staatsanwaltschaft Baden-Baden, Staatsanwaltschaft Lüneburg, Staatsanwaltschaft Kassel, Staatsanwaltschaft Braunschweig, DRK Düren, DRK Ostvorpommern, DRK Villingen-Schwenningen, DRK Landesverband Sachsen-Anhalt, DRK Sten-

<sup>47</sup> Schreiben des AG Kassel, LG Regensburg, AG Osnabrück, AG Köthen, AG Tiergarten, LG Passau, LG Braunschweig, AG Neustadt, AG Cochem, AG Karlsruhe, AG Saw, AG Betzdorf, LG Flensburg, AG Saarbrücken, AG Mayen, AG Soest, AG Weiburg, AG Hainichen, AG Lübbecke, AG Bad Freienwalde, LG Dresden, AG Köln, AG Gera, AG Memmingen, AG Tirschenreuth, AG Wetter, AG Warstein, AG Wolfsburg, AG Königswinter, AG Witten, AG Bad Salzungen, AG Fitzlar, AG Sömmerda, AG Langenfeld, LG Darmstadt, AG Auerbach, AG Kulmbach, AG Mühldorf a. Inn, AG Erlangen, AG Waldkirch, AG Emmendingen, AG Frankenberger, AG Ratingen, AG Celle, AG Schleswig, AG Chemnitz, AG Ludwigslust, AG Waldsee, AG Bremen, AG Sigmaringen, AG Osnabrück, AG Ansbach, AG Meiningen, AG Görlitz, AG Mönchengladbach, Staatsanwaltschaft Heilbronn, Staatsanwaltschaft Frankenthal, Staatsanwaltschaft Neubrandenburg, Staatsanwaltschaft Koblenz, Staatsanwaltschaft Aschaffenburg, Staatsanwaltschaft Bremen, Staatsanwaltschaft Trier, Staatsanwaltschaft Mannheim, Staatsanwaltschaft Hechingen, Staatsanwaltschaft Schweinfurt, Staatsanwaltschaft Weiden, Staatsanwaltschaft Ingolstadt, Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder), Staatsanwaltschaft Verden, Staatsanwaltschaft Baden-Baden, Staatsanwaltschaft Lüneburg, Staatsanwaltschaft Kassel, Staatsanwaltschaft Braunschweig, DRK Düren, DRK Ostvorpommern, DRK Villingen-Schwenningen, DRK Landesverband Sachsen-Anhalt, DRK Sten-

- Lediglich 26 Strafverfahren wurden als Originalakte zur Verfügung gestellt, davon zehn Verfahren seitens der Staatsanwaltschaft Köln.<sup>48</sup>
- Insgesamt wurden **45** Entscheidungen mitgeteilt, von denen
  - 12** Verfahren gemäß § 170 II StPO,
  - 12** Verfahren gemäß § 153 StPO und
  - 5** Verfahren gemäß § 153a StPO eingestellt wurden,
  - 1** Verfahren wurde im Strafbefehlsverfahren erledigt,
  - 7** Verfahren wurden angeklagt, (wobei diese bis auf eine Trunkenheitsfahrt alle eine fahrlässige Tötung zum Gegenstand hatten)
  - 3** Verfahren wurden auf den Privatklageweg gemäß §§ 374, 376 StPO verwiesen,
  - 5** Verfahren als Ordnungswidrigkeit abgegeben, eine strafgerichtliche Verurteilung gemäß § 59 StGB ausgesprochen und eine Anklage nicht zur Hauptverhandlung gemäß § 204 I StPO zugelassen.
- Von den o.g. 45 mitgeteilten Strafverfahren wurden
  - 6** Verfahren wegen fahrlässiger Tötung gemäß § 222 StGB,
  - 29** Verfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung gemäß §§ 223, 229 StGB,
  - 2** Verfahren wegen Gefährdung des Straßenverkehrs und je
    - 1** Verfahren wegen Körperverletzung im Amt und
    - 1** Verfahren wegen Trunkenheit im Verkehr geführt. Die übrigen
  - 6** Verfahren waren reine Ordnungswidrigkeitenverfahren.
- Ohne Aktenzeichen belegbar und daher einer genaueren Überprüfung nicht zugänglich blieben die aus der Erinnerung geschilderten strafrechtlichen Verfah-

---

dal, DRK Soltau, DRK Nordhausen, DRK Sigmaringen, DRK Mülheim, DRK Mosbach, BRK Nürnberger Land, BRK Freising, DRK Goslar, DRK Dresden, BRK Ansbach, DRK Pforzheim, DRK Aschersleben, DRK Ostholstein, BRK Miesbach, DRK Kaiserslautern, BRK Unterallgäu, BRK Bad Tölz, DRK Berlin-Nordost, DRK Vorderpfalz, Rettungsdienst Mätkisch-Oderland, DRK Berlin, DRK Wittmund, BRK Freyung-Grafenau, DRK Wernigerode, DRK Döbeln-Hainichen, DRK Ratzeburg, DRK Zeulenroda, BRK Ingolstadt, DRK Bodensee-Oberschwaben, DRK Chemnitz, DRK Weimar, DRK Wattenscheid, DRK Jena, DRK Siegen, DRK Jeverland, Polizeipräsidium Brandenburg, Polizeipräsidium Mittelfranken, Polizeiinspektion Göttingen, Polizeipräsidium Unterfranken, Polizeipräsidium Ulm, Polizeipräsidium Oberbayern Nord.

<sup>48</sup> AG Köln 714 DS 43/11, StA Köln 83 Js 78/11, StA Köln 83 Js 343/11, StA Köln83 Js 434/09, StA Köln 83 Js 58/09, StA Köln 83 Js 101/11, StA Köln 83 Js 479/09, StA Köln 83 Js 679/09, StA Köln 83 Js 17/11, StA Köln539 Cs 145, StA München 125 Js 131849/12, StA München 125 Js 134122/12, StA München 124 Js 105016/12, StA München 434 Js 224399/12, StA München 125 Js 112782/13, StA München 125 Js 185629/12, StA Dresden 1451 E-7/11, AG Rotenburg 1 Js 6089/05, StA Rosenheim 450 Js 16439/11, AG Zerbst, 8 Ds 211 Js 16269/99, AG Bamberg 10 Ls 111 Js 11956/93, AG Berlin (295)95 Js 2420/03 Ls (90/40), Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart 18 Zs 101/10, AG Bochum 26 Ls-21 Js 843/09-83/10, AG Wunsiedl 12-I-264, AG Ansbach 4 OWi 1091 Js 7651/10, AG Bamberg 111 Js 11956/93, AG Köln 539 Cs 145/09, 3 AG Winsen Ds 286/01, AG Löbau E 14-10/11.

ren seitens der Gerichte, Staatsanwaltschaften oder seitens der Feuerwehr, der Polizei oder des Rettungsdienstes. Im Zusammenhang mit der Verwendung von Sonder- und Wegerechten wurden hierbei

1 Verfahren wegen Hausfriedensbruchs gemäß § 123 StGB,

1 Verfahren wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr gemäß § 315 b StGB,

1 Fall der Sachbeschädigung gemäß § 303 StGB und

1 Fall der Nötigung gemäß § 240 StGB (in Tateinheit mit fahrlässiger Tötung) mitgeteilt.

- Das DRK Ludwigsburg und das Polizeipräsidium Baden-Württemberg teilten mit, dass in Fällen einer Mitunfallverursachung durch ein Einsatzfahrzeug entweder Verwarnungen ausgesprochen wurden oder eine Ordnungswidrigkeitenanzeige erfolgte.
- Dr. Altenkamp von der Staatsanwaltschaft Bautzen verweist in einer schriftlichen Antwort darauf, dass gerade in Ostdeutschland noch ein altes „DRK-Verständnis“ zu Fahrzeugen mit Blaulicht vorherrsche, sodass seitens der Einsatzfahrer zwar ohne Rücksicht auf Verluste gefahren werde, gleichwohl in der Bevölkerung, der Politik und bei den Ermittlungsbehörden *„ein verkannter Respekt den Einsatzfahrern gegenüber besteht, so dass im Ergebnis diese kaum strafrechtliche Ermittlungen zu fürchten hätten“*. Als gravierendes Beispiel hierfür führt er ein Verfahren der Staatsanwaltschaft Bautzen an, in welchem ein im Einsatz befindlicher Notarztwagen eine rote Baustellenampel mit zügiger Geschwindigkeit überfuhr, wobei ein Motorradfahrer diese Situation ausnutzte, um gleichfalls die rote Ampel – zusammen mit dem Rettungswagen – zu überfahren. Das passte aber dem Notarzt nicht, worauf er seinen Fahrer anwies, sofort den Wagen zu stoppen, mit der Folge, dass der Motorradfahrer auf den Rettungswagen auffuhr und dabei verletzt wurde. Grotesk ist, dass das anschließende Verfahren wegen Gefährdung des Straßenverkehrs gem. § 315 c II StGB *gegen den Motorradfahrer* (und nicht etwa gegen den Notarzt oder gegen den Fahrer des Notarztwagens) geführt wurde, mit der zweifelhaften Begründung, dass ein Verfahren gegen den Notarzt zu einem Aufschrei in der Bevöl-



kerung und der Presse geführt hätte.<sup>49</sup> „Gott sei Dank“ sei der Motorradfahrer „sich seiner Schuld bewusst“ gewesen und hätte keinen Strafantrag wegen fahrlässiger Körperverletzung gestellt, da die Staatsanwaltschaft ansonsten hätte „Farbe bekennen müssen“.

- Schließlich verweist der leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Marburg in einer schriftlichen Stellungnahme darauf, dass die Fragestellung zu strafrechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit Einsatzfahrten nicht weiter beobachtet würde, weil er vermute, „*dass selbst dann, wenn es einmal eine sogenannte kritische Einsatzfahrt gegeben hat, {...} Staatsanwälte im Zweifel nichts davon erfahren oder die Sache jedenfalls nicht bis zu Gericht gelangt. In aller Regel wird man bemüht sein, das Problem auf dem sogenannten kleinen Dienstweg, d.h. im Verwaltungsvollzug oder im zivilrechtlichen Ausgleich zu regeln. Dem tritt m.E. die Staatsanwaltschaft im Regelfall nicht entgegen, sofern sie überhaupt Kenntnis bekommt.*“

Ohne die unten näher aufgeführte Kritik vorwegzunehmen,<sup>50</sup> fällt auf, dass der überwiegende Teil der mitgeteilten Verfahren solche waren, die entweder eine fahrlässige Körperverletzung oder eine fahrlässige Tötung im Zusammenhang mit der Verwendung von Sonder- und Wegerechten betrafen und überwiegend von den Amtsgerichten bzw. nur den Staatsanwaltschaften, mithin also den unteren Rechtsinstanzen, bearbeitet wurden.

Diese Ergebnisse decken sich mit den wenigen – in den einschlägigen Rechtsprechungsdatenbanken publik gewordenen – strafrechtlichen Entscheidungen, die zwei fahrlässige Tötungen und zwei fahrlässige Körperverletzungen betrafen, die bis auf zwei Ausnahmen erstinstanzlich jeweils von Staatsanwaltschaft und Amtsgericht bearbeitet wurden.<sup>51</sup>

Legt man allerdings die Rechtsfolge des § 35 StVO, nämlich eine nach herrschender Meinung grundsätzlich uneingeschränkte Nichtgeltung der Regelungen der Straßenverkehrsordnung, einer straftatbestandlichen Untersuchung zu Grunde, ist festzustellen, dass auch andere als die wenigen veröffentlichten Entscheidungen zu den §§

<sup>49</sup> Da der Motorradfahrer nur leicht verletzt wurde, sich „seiner Schuld“ bewusst war und deshalb keinen Strafantrag stellte, musste nach Auffassung des sachbearbeitenden Staatsanwalts auch gem. § 230 I StGB kein Verfahren von Amtswegen eingeleitet werden.

<sup>50</sup> Vgl. hierzu unter Kapitel 2 C.

<sup>51</sup> FD-StrafR 2012, 337426 – LG Hamburg 628 KLS 3/12; AG Haldensleben Az: 28 Ls 310/06 Juris; BGH 4 StR 341/68 Juris; NZV 1990, 198 – OLG Braunschweig Beschluss vom 24.01.1990 – WS 175/89.

229 und 222 StGB eine kritische Auseinandersetzung mit den Sonder- und Wegerechten nahe legen.

Eine nähere Untersuchung zu strafrechtlichen Überschneidungen mit den §§ 35 und 38 StVO erscheint daher dringend geboten.

Bei der durch § 35 StVO grundsätzlich gewährten Nichtbeachtung der StVO sind nämlich durchaus mehrere Szenarien denkbar, bei denen nicht nur Menschen verletzt oder getötet werden, sondern auch andere Rechtsgüter betroffen bzw. „nur“ gefährdet sein können: Zu nennen sind vor allem die (potenzielle) Strafbarkeit des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr bei polizeilichen Verfolgungsfahrten, die Unfallflucht bei Schäden, die im Zusammenhang mit Einsatzfahrten an anderen Fahrzeugen entstehen, der Hausfriedensbruch, die Nötigung oder auch die Trunkenheit im Verkehr; allesamt Straftatbestände, welche auf Sonder- und Wegerechte bezogen werden können.<sup>52</sup>

## **B. Strafrechtlich relevante Straftatbestände im Zusammenhang mit §§ 35 und 38 StVO**

Somit sind neben den Straftatbeständen der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung weitere Straftatbestände bei der Verwendung von Sonder- und Wegerechten relevant. Konkret zu nennen sind die in obiger Evaluation<sup>53</sup> genannten Verfahrensgegenstände:

- Hausfriedensbruch (§ 123 StGB),
- unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB),
- fahrlässige Tötung (§ 222 StGB)
- fahrlässige Körperverletzung (§§ 223 I, 229 StGB)
- Nötigung (§ 240 StGB),
- Sachbeschädigung (§ 303 StGB),
- gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315 b StGB),
- Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315 c StGB),
- Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB),
- Körperverletzung im Amt (§ 340 StGB)<sup>54</sup>

---

<sup>52</sup> Vgl. hierzu unter Kapitel 2 B näher.

<sup>53</sup> Vgl. Kapitel 2 A.

<sup>54</sup> Bei einer weiten Auslegung der Kausalität, d.h. Tathandlung, wären viele weitere Straftatbestände denkbar: vorsätzliche Begehung der Körperverletzungs- und Tötungsdelikte (z.B. dann, wenn ein Fahrer bei riskanten Überholmanövern den

## 1. Hausfriedensbruch

Bereits beim Hausfriedensbruch (§ 123 StGB) fällt auf, dass es hierzu keinen einzigen Fall in Rechtsprechung und/oder Literatur gibt, der sich auf die Rolle der Sonder- und Wegerechte im Rahmen der strafrechtlichen Prüfung bezieht. Gleichwohl sind zahlreiche praktische Konstellationen im Zusammenhang mit Sonder- und Wegerechten denkbar, in denen es zu einer tatbestandsmäßigen Erfüllung des § 123 StGB kommen kann. Dort heißt es:

- (1) Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.*
- (2) Die Tat wird nur auf Antrag verfolgt.*

Beispielsweise berichtet ein im Rahmen der o.g. Evaluation angeschriebener Rettungssanitätär des BRK-Kreisverbandes Ingolstadt<sup>55</sup> von einer gegen ihn erstatteten Anzeige durch einen privaten Tankstellenbetreiber wegen Hausfriedensbruchs, weil er im Rahmen einer Einsatzfahrt – ohne zahlender Kunde gewesen zu sein – das private Tankstellen-Grundstück befahren habe, um eine Kreuzungsanlage zu umfahren.

Ohne dass es zu einer weiteren Benachrichtigung über den Verfahrensausgang seitens der Polizei, geschweige denn zu einer Mitteilung seitens der Staatsanwaltschaft gekommen wäre, sei die Anzeige folgendermaßen begründet worden: Die am beampelten Eck zweier Hauptstraßen in Ingolstadt gelegene Tankstelle wurde seit geraumer Zeit von zahlreichen Einsatzfahrzeugen benutzt, um durch das Einfahren in die Tankstelle von der einen Straße die Ampelanlage zu umgehen und damit erheblich zeitverkürzend die Tankstelle zur anderen Straßenseite hin zu verlassen.

---

Tod eines entgegenkommenden Fahrers in Abgrenzung zu einer bloßen bewussten Fahrlässigkeit billigend in Kauf nimmt), unterlassene Hilfeleistung / unechte Unterlassungsdelikte gemäß §§ 323c bzw. 13 StGB (z.B. bei einer Weiterfahrt nach einem Unfall zum eigentlichen Einsatzziel, ohne den durch die eigene Einsatzfahrt verursachten Verunfallten Hilfe zu leisten), bis hin zur Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat gemäß § 357 StGB (z.B. wenn die Rettungsleitstelle die Verwendung von Sonder- und Wegerechten anordnet, obwohl dies nicht nötig wäre). In allen genannten Beispielen steht die Tatbestandsverwirklichung im Zusammenhang mit der Verwendung von Sonder- und Wegerechten, obwohl dies eher mittelbar ist und daher nicht in unmittelbarem – relevanten – Zusammenhang mit der täglichen und in dieser Arbeit berücksichtigten Praxis steht; siehe hierzu die Ausführungen in Kapitel 4 C 1.

<sup>55</sup> Der Befragte wollte auf ausdrücklichen Wunsch hin anonym bleiben.

## 2. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort

Auch zum unerlaubten Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB) gibt es keine veröffentlichte Rechtsprechung, wenngleich auch hier genügend Fälle denkbar sind, in welchen Einsatzfahrten unter Nutzung von Sonder- und Wegerechten eine mitverantwortliche Rolle für die Erfüllung des Tatbestands spielen.

Hierzu gehört der von Einsatzkräften häufig genannte Fall<sup>56</sup>, dass während einer Einsatzfahrt der Außenspiegel eines anderen Fahrzeugs abgefahren wird, die Einsatzfahrt aber dennoch fortgesetzt wird, ohne die in § 142 StGB grundsätzlich geforderte Anzeige- oder Wartepflicht zu erfüllen. Denn dort ist bestimmt, dass

*(1) ein Unfallbeteiligter, der sich nach einem Unfall im Straßenverkehr vom Unfallort entfernt, bevor er*

*1. zugunsten der anderen Unfallbeteiligten und der Geschädigten die Feststellung seiner Person, seines Fahrzeugs und der Art seiner Beteiligung durch seine Anwesenheit und durch die Angabe, dass er an dem Unfall beteiligt ist, ermöglicht hat oder*

*2. eine nach den Umständen angemessene Zeit gewartet hat, ohne dass jemand bereit war, die Feststellungen zu treffen,*

*{ ...{mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft {wird}}.*

*(2) Nach Absatz 1 wird auch ein Unfallbeteiligter bestraft, der sich*

*1. nach Ablauf der Wartefrist (Absatz 1 Nr. 2) oder*

*2. berechtigt oder entschuldigt*

*vom Unfallort entfernt hat und die Feststellungen nicht unverzüglich nachträglich ermöglicht.*

*(3) Der Verpflichtung, die Feststellungen nachträglich zu ermöglichen, genügt der Unfallbeteiligte, wenn er den Berechtigten (Absatz 1 Nr. 1) oder einer nahe gelegenen Polizeidienststelle mitteilt, dass er an dem Unfall beteiligt gewesen ist, und wenn er seine Anschrift, seinen Aufenthalt sowie das Kennzeichen und den Standort seines Fahrzeugs angibt und dieses zu unverzüglichen Feststellungen*

<sup>56</sup> Es wurde im Rahmen der o.g. Evaluation mehrfach berichtet, dass es wohl häufig zu kleineren Schäden an anderen Fahrzeugen komme, verursacht durch den Verwender von Sonder- und Wegerechten auf dem Weg zum Einsatz, aber der Unfallgegner angesichts des für wichtiger befundenen Einsatzauftrags zumindest nicht durch den Einsatzfahrer informiert würde. In der Regel würde lediglich die Einsatzzentrale über den Unfall informiert, freilich ohne (die meist unmögliche) Angabe des Unfallgegners, so dass dieser meist seinen Anspruchsgegner nicht erfährt.

*für eine ihm zumutbare Zeit zur Verfügung hält. Dies gilt nicht, wenn er durch sein Verhalten die Feststellungen absichtlich vereitelt.*

*(4) Das Gericht mildert in den Fällen der Absätze 1 und 2 die Strafe (§ 49 Abs. 1) oder kann von Strafe nach diesen Vorschriften absehen, wenn der Unfallbeteiligte innerhalb von vierundzwanzig Stunden nach einem Unfall außerhalb des fließenden Verkehrs, der ausschließlich nicht bedeutenden Sachschaden zur Folge hat, freiwillig die Feststellungen nachträglich ermöglicht (Absatz 3).*

*(5) Unfallbeteiligter ist jeder, dessen Verhalten nach den Umständen zur Verursachung des Unfalls beigetragen haben kann.*

### 3. Fahrlässige Tötung

Die veröffentlichte Rechtsprechung zu Straftatbeständen im Zusammenhang mit den Sonder- und Wegerechten bezieht sich meist auf die Delikte der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Körperverletzung, wobei letztere in der Rechtsprechung fast ausnahmslos solche Fälle erfasst, in denen es zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden gekommen ist.<sup>57</sup>

In Bezug auf die fahrlässige Tötung (§ 222 StGB) heißt es:

*Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

*Auch wenn angesichts des im Vergleich zu anderen Tatbeständen des StGB niedrigen Strafmaßes und einer dementsprechend oftmals von den Staatsanwaltschaften damit angenommenen geringen Straferwartung auch solche Fälle kaum die höheren Instanzen erreichen und somit selten die entsprechende Aufmerksamkeit<sup>58</sup> in Datenbanken oder in der Literatur erfahren, ist im Vergleich zu den übrigen Tatbeständen die Anzahl der hierzu erfassten Beispiele innerhalb der o.g. Evaluation relativ groß. Der „klassische“ – am häufigsten zitierte – Fall ist der,*

<sup>57</sup> Eine Auswertung aller im Zusammenhang mit Sonder- und Wegerechten stehenden strafrechtlichen Entscheidungen ergab, dass der überwiegende Teil Unfälle erfasste, bei denen die fahrlässige Körperverletzung entweder Tateinheitlich zur fahrlässigen Tötung angeklagt wurde oder es zu mittelschweren bis schweren körperlichen Schäden kam.

<sup>58</sup> Weil grundsätzlich für die Aburteilung, soweit es überhaupt zu einer solchen kommt, angesichts der niedrigen Straferwartung gemäß § 24 GVG die Amtsgerichte für zuständig erachtet werden.

*bei dem es an beampelten Kreuzungen zu tödlichen Unfällen zwischen einem Sonderrechtsfahrzeug und anderen Verkehrsteilnehmern gekommen ist.<sup>59</sup>*

*So verhält es sich auch bei dem aktuellen in den Rechtsprechungsdatenbanken recherchierbaren Fall der fahrlässigen Tötung im Zusammenhang mit der Nutzung von Sonder- und Wegerechten, der es als eine der wenigen Ausnahmen bis zum Bundesgerichtshof<sup>60</sup> brachte: Der Fahrer eines Feuerwehreinsatzfahrzeugs, der bei eingeschaltetem Blaulicht und Martinshorn trotz roter Ampel mit unverminderter Geschwindigkeit auf einen Kreuzungsbereich zugefahren und dort mit einem Linienbus kollidiert war, wurde zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung wegen fahrlässiger Tötung in zwei Fällen in Tateinheit mit 22-facher fahrlässiger Körperverletzung verurteilt.<sup>61</sup>*

#### **4. Fahrlässige Körperverletzung**

Die meisten Fälle im Rahmen der o.g. Evaluation befassten sich mit dem Tatbestand der fahrlässigen Körperverletzung (§§ 223 I, 229 StGB), wobei diese nicht selten tat einheitlich zu einer fahrlässigen Tötung (§ 222 StGB) mitabgeurteilt wurde.

Auch hier betreffen die meisten Entscheidungen Fälle, in denen es im Kreuzungsbereich zwischen Einsatzfahrzeug und übrigen Verkehrsteilnehmern zu massiven körperlichen Beeinträchtigungen gekommen ist.<sup>62</sup> In den §§ 223 I, 229 StGB heißt es:

*§ 223 I: Wer eine andere Person körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit schädigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

*§ 229: Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung einer anderen Person verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

Natürlich wären in der Theorie auch vorsätzliche Ausgestaltungen der §§ 223 und 212 StGB im Zusammenhang mit Sonder- und Wegerechten denkbar. Allerdings ist bis dato kein einziger Fall einer im Zusammenhang mit den Sonder- und Wegerechten

---

<sup>59</sup> Unter vielen: Koehl in: Haus/Krumm/Quarch, Gesamtes Verkehrsrecht § 35 StVO Rn. 17.

<sup>60</sup> Beschluss vom 16.07.2013, Az.: 4 StR 66/13.

<sup>61</sup> Urteil des LG Hamburg vom 18.09.2012, Az.: 628 KLs 3/12.

<sup>62</sup> Vgl. hierzu bereits oben unter Kapitel 2 A.

begangenen (insbesondere möglicherweise gerechtfertigten) vorsätzlichen Begehungsweise zu finden und ein solcher ist auch praktisch kaum vorstellbar.<sup>63</sup> Dass Einsatzkräfte wissentlich und/oder willentlich im Rahmen ihres Einsatzauftrages unbeteiligte Dritte töten oder in der Gesundheit verletzen wollen, dürfte kaum Anlass für eine ernsthafte Erörterung bieten.<sup>64</sup>

Anders hingegen ist dies bei den Delikten der §§ 240 und 303 StGB, welche nur vorsätzlich begangen werden können:

## 5. Nötigung

So heißt es bei der Nötigung in § 240 StGB auszugsweise:

*(1) Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

*(2) Rechtswidrig ist die Tat, wenn die Anwendung der Gewalt oder die Androhung des Übels zu dem angestrebten Zweck als verwerflich anzusehen ist.*

*(3) Der Versuch ist strafbar.*

*(4) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren. { ... }*

*3. seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger mißbraucht.*

Abgesehen von der rechtlichen Einordnung des § 38 StVO wäre zwar mangels Verwerflichkeit die durch Einschalten von Blaulicht und Martinshorn bedingte Anweisung an die anderen Verkehrsteilnehmer, sofort freie Bahn zu schaffen, wohl nicht geeignet, den objektiven Tatbestand zu erfüllen; Fälle sind denkbar, in denen jedoch gerade kein Gebrauch von § 38 StVO gemacht wird bzw. kein Gebrauch von den Wegerechten

<sup>63</sup> Auch die Annahme eines Eventualvorsatzes wird angesichts des Umstands, dass der Einsatzfahrer regelmäßig auch seine eigene körperliche Integrität bei der Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten aufs Spiel setzt und damit regelmäßig darauf vertrauen wird, dass seine Fahrweise folgenlos bleibt, nur schwer zu vertreten sein; vgl. hierzu v.a. Vogel in: Leipziger Kommentar § 15 Rn. 97, 103 ff.

<sup>64</sup> Selbst unter Bezugnahme auf den von Altenkamp oben geschilderten Fall, in welchem der Notarzt den Einsatzfahrer anweist, scharf abzubremsen, um ein ihn verfolgendes Motorrad auszubremsen, wird der Nachweis, der Notarzt hätte damit zugleich auch eine Gesundheitsschädigung oder gar den Tod des Motorradfahrers billigend in Kauf genommen, lebensfremd und zumindest aber gegen die Natur des „normalen“ Einsatzfahrers sein, dem es sicherlich nicht darauf ankommt oder egal ist, dass andere Verkehrsteilnehmer wissentlich und/oder willentlich von ihm an der Gesundheit geschädigt werden, zumal es sich bei dem von Altenkamp geschilderten Fall lediglich um ein Ereignis handelt, das zwar bei einer Einsatzfahrt erfolgte, aber nicht im Zusammenhang mit dieser stand, sondern bei Gelegenheit erfolgte. Denn die Nutzung von Sonder- und Wegerechten waren nicht kausal für die Schädigung des Motorradfahrers, sondern die Anweisung des Notarztes.

gemacht werden kann (z. B. Zivilstreife ohne Blaulicht und Martinshorn) und sich der Einsatzfahrer ausschließlich auf die Sonderrechte gemäß § 35 StVO beruft: Z.B. wird gefährlich dicht aufgefahren, um sich freie Bahn zu erzwingen.

So berichtet im Rahmen obiger Evaluation ein Staatsanwalt aus Sachsen telefonisch von einem ihm noch vage in Erinnerung befindlichen Fall: Ein Verkehrsteilnehmer wurde von einem nicht näher gekennzeichneten Fahrzeug verfolgt, das ihm immer wieder mit dem Fernlicht aufblinkte und extrem dicht auffuhr. In der Meinung, von Kriminellen verfolgt und zum Anhalten genötigt zu werden, rief der vorausfahrende Verkehrsteilnehmer seine Lebensgefährtin an und bat sie in Kürze aus dem Fenster zu sehen, da er an ihrem Haus vorbeifahren wolle, um festzustellen, ob er tatsächlich verfolgt würde. Als der Verkehrsteilnehmer dann vor dem Anwesen der am Fenster stehenden Lebensgefährtin kurz anhielt, teilte sie ihm mit, dass auch der Wagen hinter ihm angehalten habe und soeben zwei Männer ausgestiegen seien, um auf sein Fahrzeug zuzulaufen. In Panik versuchte der vorausfahrende Verkehrsteilnehmer nun, die mutmaßlichen Verfolger abzuschütteln und ließ sich aus Angst vor den ihn weiter verfolgenden beiden Männern zu einer rasanten Fahrweise verleiten, die mit einem schweren Unfall endete, als er aufgrund von nasser Fahrbahn aus einer Kurve gegen einen Baum geschleudert wurde. Im Nachhinein stellte sich jedoch heraus, dass es sich bei den Verfolgern nicht um Kriminelle handelte, sondern um Polizeibeamte in Zivil, die den Verfolgten einer allgemeinen Verkehrskontrolle unterziehen wollten. Da sie allerdings unfallbedingt zu diesem Zeitpunkt kein originäres – mit Blaulicht und Haltekelle ausgestattetes – Polizeifahrzeug zur Verfügung hatten, sondern nur einen Mietwagen, konnten sich die Polizisten dem vorausfahrenden Fahrzeug nicht entsprechend kenntlich machen.<sup>65</sup>

## 6. Sachbeschädigung

Auch Fälle vorsätzlicher Sachbeschädigung gemäß § 303 StGB sind im Zusammenhang mit der Verwendung von Sonder- und Wegerechten denkbar. Auszugsweise heißt es hier:

*(1) Wer rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

---

<sup>65</sup> Das Verfahren gegen die Polizisten wurde nach § 170 II StPO mit der Begründung eingestellt, dass die mangelnde Ausstattung der Polizei Sachsen nicht den beiden Polizisten angelastet werden könne.



Ein Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr Ingolstadt<sup>66</sup>, der jedoch anonym bleiben will, berichtete im Rahmen der o.g. Evaluation von einem Vorfall, bei dem die Feuerwehr-Zufahrt zu einem Einsatz durch zwei parkende Pkw blockiert wurde. Der Fahrer des mit Blaulicht- und Martinshorn vorausfahrenden 16 Tonnen schweren Tanklöschwagens verschaffte sich mit seinem Fahrzeug kurzum gewaltsam freie Bahn – anstatt zu warten, bis die beiden Fahrzeuge von ihren Haltern entfernt werden konnten.<sup>67</sup>

## 7. Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr

Vereinzelte werden die spezifischen Straßenverkehrsstraftatbestände des StGB, namentlich die §§ 315b, 315c und 316 StGB von der strafrechtlichen Rechtsprechung und Literatur im Zusammenhang mit Sonder- und Wegerechten thematisiert.

So normiert § 315 b StGB den gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr, indem es dort auszugsweise heißt:

- (1) Wer die Sicherheit des Straßenverkehrs dadurch beeinträchtigt, daß er*
- 1. Anlagen oder Fahrzeuge zerstört, beschädigt oder beseitigt,*
  - 2. Hindernisse bereitet oder*
  - 3. einen ähnlichen, ebenso gefährlichen Eingriff vornimmt,*  
*und dadurch Leib oder Leben eines anderen Menschen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*
- (2) Der Versuch ist strafbar.*
- (4) Wer in den Fällen des Absatzes 1 die Gefahr fahrlässig verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*
- (5) Wer in den Fällen des Absatzes 1 fahrlässig handelt und die Gefahr fahrlässig verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

Nach herrschender Rechtsprechung und Literaturmeinung für den Anwendungsbereich des § 315 b StGB im Umkehrschluss zu § 315c StGB verbleiben grundsätzlich nur

---

<sup>66</sup> Auch dieser Mitteiler will auf ausdrücklichen Wunsch anonym bleiben.

<sup>67</sup> Über den Ausgang eines etwaigen Strafverfahrens konnte der Mitteiler allerdings keine Informationen geben.

verkehrsfremde Eingriffe von außen.<sup>68</sup> Im Rahmen der Nutzung von Sonder- und Wegerechten ist jedoch denkbar, dass verkehrsfremde Inneneingriffe vorgenommen werden, die wiederum von § 315 b in grundsätzlicher Abgrenzung zu § 315 c StGB objektiv und ungeachtet etwaiger Rechtfertigungsgründe erfasst sein können.

Soweit nämlich „das Hindernisbereiten bzw. die sonstige Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit nicht bloße Folge, sondern Zweck der verbotenen eigenen Fahrweise ist“, z.B. wenn der Täter das selbst geführte Fahrzeug in gezielt behindernder oder ähnlicher, ebenso gefährlicher Weise als Droh- oder Gewaltmittel zur Nötigung, Bedrohung, Freiheitsberaubung, Sachbeschädigung oder Verletzung von Menschen (nicht aber nur zur bloßen Gefährdung) einsetzt und zu diesem Zweck die Verkehrsgefahr der eigenen oder fremden Fahrzeugbewegung erhöht, diese also instrumentalisiert, ist § 315 b auch auf verkehrsfremde Inneneingriffe anwendbar.<sup>69</sup>

Es gibt zu § 315 b StGB keinen bekannt gewordenen Fall in der Rechtsprechung, abgesehen von dem von Altenkamp oben geschilderten Fall,<sup>70</sup> der zwar den Tatbestand des § 315 b unproblematisch erfüllt, aber nicht im Zusammenhang mit der intendierten Verwendung von Sonder- und Wegerechten steht. Als praktische Beispiele gelten vor allem Konstellationen, in denen das Einsatzfahrzeug (vor allem bei der Polizei) als Straßenbarriere oder gar Rammfahrzeug benutzt wird, z.B. um einen Flüchtigen zu stoppen oder um Verkehrsteilnehmer auszubremsen, um sie zum Anhalten zu zwingen etc.

## 8. Gefährdung des Straßenverkehrs

Der Straftatbestand der Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315 c StGB) wird von der Rechtsprechung und vereinzelt von der Kommentarliteratur im Zusammenhang mit der Verwendung von Sonder- und Wegerechten thematisiert.<sup>71</sup> In § 315 c StGB heißt es:

*(1) Wer im Straßenverkehr*

*1. ein Fahrzeug führt, obwohl er*

---

<sup>68</sup> Sternberg-Lieben/Hecker in: Schönke/Schröder StGB § 315b Rn. 8; Pegel in: MüKo StGB § 315b Rn. 13-17.

<sup>69</sup> Pegel in MüKo StGB § 315b Rn. 14.

<sup>70</sup> Vgl. oben unter Kapitel 2 A.

<sup>71</sup> Vgl. Nähes unter Kapitel 4 B 1; darunter u.a. Sternberg-Lieben/Hecker in: Schönke/Schröder StGB § 315b Rn. 42 und Pegel in: MüKo StGB § 315b Rn. 14.

*a) infolge des Genusses alkoholischer Getränke oder anderer berauschender Mittel oder*

*b) infolge geistiger oder körperlicher Mängel  
nicht in der Lage ist, das Fahrzeug sicher zu führen, oder  
2. grob verkehrswidrig und rücksichtslos*

*a) die Vorfahrt nicht beachtet,*

*b) falsch überholt oder sonst bei Überholvorgängen falsch fährt,*

*c) an Fußgängerüberwegen falsch fährt,*

*d) an unübersichtlichen Stellen, an Straßenkreuzungen, Straßeneinmündungen oder Bahnübergängen zu schnell fährt,*

*e) an unübersichtlichen Stellen nicht die rechte Seite der Fahrbahn einhält,*

*f) auf Autobahnen oder Kraftfahrstraßen wendet, rückwärts oder entgegen der Fahrtrichtung fährt oder dies versucht oder*

*g) haltende oder liegengebliebene Fahrzeuge nicht auf ausreichende Entfernung kenntlich macht, obwohl das zur Sicherung des Verkehrs erforderlich ist, und dadurch Leib oder Leben eines anderen Menschen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

*(2) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 ist der Versuch strafbar.*

*(3) Wer in den Fällen des Absatzes 1*

*1. die Gefahr fahrlässig verursacht oder*

*2. fahrlässig handelt und die Gefahr fahrlässig verursacht,*

*wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.*

Die Bestimmung des § 315 c StGB erfasst (abschließend) die aus Sicht des Gesetzgebers gefährlichsten Regelverstöße im Straßenverkehr und gestaltet sie zu strafbewehrten Vergehen aus, wenn hierdurch Leib oder Leben eines anderen Menschen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert konkret gefährdet werden.<sup>72</sup>

Sieht man sich die kodifizierten Regelverstöße näher an, stellt man fest: Es handelt sich bei den unter Abs. 1 Nr. 2 normierten Tathandlungen um die „klassischen“ – unter Verwendung von Sonder- und Wegrechten kaum zu vermeidenden – Verkehrsverstöße. Allerdings ist dies immer unter der zusätzlichen Voraussetzung und Maßgabe

---

<sup>72</sup> Sternberg-Lieben/Hecker in: Schönke/Schröder StGB § 315c Rn. 3.

zu sehen, dass es zu einer konkreten Gefährdung für Leib oder Leben eines anderen Menschen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert im Sinne eines „Beinahe-Unfalls“ kommen muss, welcher nicht schon allein durch Übertretung einer der Vorschriften des § 315 c StGB indiziert ist.<sup>73</sup>

Allerdings relativiert sich diese vermeintliche Einschränkung rasch, wenn man allein die Häufigkeit der oben näher beschriebenen Unfallzahlen bedenkt (ohne dass es gleich zu einer Gefährdung von Leib oder Leben kommen müsste). Auch ist die Tatsache zu berücksichtigen, dass die Rechtsprechung und Literatur einen erheblichen Sachwert bereits ab einem Betrag zwischen 750 € und 1300 € annimmt;<sup>74</sup> somit kann der Tatbestand des § 315 c StGB in der Praxis potenziell sehr schnell tatbestandlich erfüllt sein.

Vor allem die Regelverstöße des Abs. 1 Nr. 2 a), b), d) und e) im Rahmen von Einsatzfahrten unter Verwendung von Sonderrechten sind in der Praxis kaum zu vermeiden, um nicht den Einsatzzweck (mitunter durch schnelles Fortkommen) zu gefährden. Deshalb erübrigt sich die Auflistung aller Konstellationen im Zusammenhang mit dem Tatbestand des § 315 c StGB, denn die Frage einer etwaigen Rechtfertigung in Zusammenhang mit Sonder- und Wegerechten wird wenigstens hier in der Kommentarliteratur vereinzelt diskutiert.<sup>75</sup>

## 9. Trunkenheit im Verkehr

Gemäß § 316 StGB handelt strafrechtswidrig,

*(1) wer im Verkehr (§§ 315 bis 315d) ein Fahrzeug führt, obwohl er infolge des Genusses alkoholischer Getränke oder anderer berauschender Mittel nicht in der Lage ist, das Fahrzeug sicher zu führen {...}.*

*(2) Nach Absatz 1 wird auch bestraft, wer die Tat fahrlässig begeht.*

„Klassisches“ Beispiel für die Bezugnahme auf die Sonder- und Wegerechte im Rahmen des § 316 StGB ist der sich außerhalb des Dienstes befindliche Landarzt, der trotz

<sup>73</sup> Sternberg-Lieben/Hecker in: Schönke/Schröder StGB § 315c Rn. 33.

<sup>74</sup> Sternberg-Lieben/Hecker in: Schönke/Schröder StGB § 315c Rn. 31 unter Verweis auf: König LK § 315 RN 83 ff und Dresden NJW 05, 2633, Jena StV 09, 194; vgl. aber BGH NSTZ-RR 08, 289, NSTZ 11, 215 f, Celle NZV 11, 622, Fischer 15; Mit Blick auf den Umstand, dass den Einsatzfahrern das Einsatzfahrzeug im Regelfall nicht selbst gehört, sondern der jeweiligen Organisation, scheidet die Gefährdung des vom Täter geführten, ihm aber nicht gehörenden Fahrzeugs jedoch aus dem Schutzbereich der Vorschrift aus (BGH 27 40, VRS 42 97, 98 350, NSTZ 92, 233, BeckRS 12, 07957, Düsseldorf NZV 94, 324, SSW-Ernemann 26, Fischer 15c, L-Kühl 25, Ranft Jura 87, 614 f, Rengier II 44/22, M/R-Renzikowski 19; and. Horn/Wolters vor § 306 RN 10, Klaus a.a.O. 86, König LK 168 ff, Zieschang NK 27), selbst wenn hierbei gegen den Willen des Berechtigten gehandelt wird, vgl. hierzu StGB § 315c, Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr, Sternberg-Lieben/Hecker in: Schönke/Schröder Strafgesetzbuch 29. Auflage 2014 Rn. 31.

<sup>75</sup> So. z.B. Pegel in MüKo StGB § 315c Rn. 112.

vorangegangenen Alkoholkonsums dem Notruf eines Patienten Folge leistet und zu diesem nach Hause fährt, weil rettungsdienstliche oder notärztliche Hilfe aufgrund der örtlichen Gegebenheiten zeitnah nicht zu erhalten ist.

Diese und ähnliche Fälle wurden im Rahmen der obigen Evaluation mehrfach im Rahmen von Ordnungswidrigkeitenverfahren geschildert und finden sich unter Bezugnahme auf § 16 OWiG auch ausnahmsweise in der Literatur wieder.<sup>76</sup>

## 10. Körperverletzung im Amt

Gleichfalls vereinzelt von der Rechtsprechung im Zusammenhang mit der Verwendung von Sonder- und Wegerechten wird die Körperverletzung im Amt (§ 340 StGB) thematisiert. Dort heißt es:

*(1) Ein Amtsträger, der während der Ausübung seines Dienstes oder in Beziehung auf seinen Dienst eine Körperverletzung begeht oder begehen läßt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe.*

*(2) Der Versuch ist strafbar.*

*(3) Die §§ 224 bis 229 gelten für Straftaten nach Absatz 1 Satz 1 entsprechend.*

Der Tatbestand ist als Sonderdelikt dann zu § 229 StGB spezieller, wenn es sich bei dem sonderberechtigten Einsatzfahrer um einen Amtsträger i.S.d. § 11 Abs. 1. Nr. 2 StGB handelt. Ansonsten gilt hierzu das bereits zu § 229 StGB Gesagte.

Klassische Beispielfälle sind hier im Zuge von polizeilichen Einsatzfahrten eintretende Unfälle, bei denen andere Verkehrsteilnehmer verletzt werden.<sup>77</sup>

## C. Zusammenfassung

Es ist befremdlich, dass trotz der oben geschilderten Fallzahlen von einer getöteten Person je 272.000 Einsatzfahrten<sup>78</sup> – dies entspricht bei geschätzt 20 Millionen Einsatzfahrten jährlich also etwa 73 Toten – und der in den Medien so zahlreich geschild-

---

<sup>76</sup> Vgl. Näheres unter Kapitel 4 B 1.

<sup>77</sup> Vgl. hierzu v.a. AG Köln 714 DS 43/11, StA Köln 83 Js 78/11, StA Köln 83 Js 343/11, StA Köln 83 Js 434/09, StA Köln 83 Js 58/09, StA Köln 83 Js 101/11, StA Köln 83 Js 479/09, StA Köln 83 Js 679/09, StA Köln 83 Js 17/11, StA Köln 539 Cs 145, StA.

<sup>78</sup> Vgl. oben unter Kapitel 2 A.

derten schweren Verkehrsunfälle<sup>79</sup> gerade einmal vier Strafverfahren im Zusammenhang mit der Verwendung von Sonder- und Wegerechten in den Rechtsprechungsdatenbanken veröffentlicht sind.

Denn – wie bereits geschildert – dürfte es in denjenigen Fällen, in denen es zur Tötung von Menschen kommt, keine Ausnahmen von dem aus Art 3 GG abgeleiteten Legalitätsgrundsatz geben, Straftaten bei Bestehen eines Anfangsverdachts von Amts wegen gemäß § 160 StPO zu verfolgen. Denn hier gibt es keine Möglichkeit, ein mangelndes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung anzunehmen oder auf den Privatklageweg gemäß §§ 374, 376 StPO zu verweisen und so das strafrechtliche Verfahren bereits im Keim zu ersticken.

Anders sieht es bei allen übrigen oben dargestellten Straftatbeständen aus, die im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten stehen können. Diese sind in Bezug auf die tägliche Praxis von Einsatzfahrten überwiegend nur in einer fahrlässigen Ausgestaltung denkbar und als Vergehen im Mindeststrafmaß mit einer geringeren Freiheitsstrafe als einem Jahr oder mit Geldstrafe bedroht (§ 12 I, II StGB), sodass sie oftmals die Voraussetzungen erfüllen, von der Staatsanwaltschaft auf den Privatklageweg (§ 374 I Nr. 4 StPO) verwiesen oder unter Verneinung des öffentlichen Interesses (§ 230 I StGB) gar eingestellt zu werden.

Aus den genannten Gründen sind die exemplarisch aufgeführten Delikte sämtlich einer Verfahrenseinstellung gemäß §§ 153 und 153a StPO sowie dem Strafbefehlsverfahren gemäß § 407 I StPO zugänglich, wovon wohl (mit Blick auf die obige Evaluation und im Rückschluss zur Datenbankrecherche) in der Praxis auch regelmäßig Gebrauch gemacht wird.

Aber selbst im Falle einer Anklage liegt die Straferwartung bei den o.g. Delikten meist im Bereich einer Geldstrafe oder einer kurzen Freiheitsstrafe, sodass gemäß § 24 GVG grundsätzlich nur die Amtsgerichte mit den häufigsten im Zusammenhang mit Sonder- und Wegerechten stehenden Delikten zu entscheiden haben. Bei einem zu erwartenden milden Urteil wird selten mit der Einlegung von Rechtsmitteln zu rechnen sein, auch nicht seitens der Staatsanwaltschaft, sodass sich die höheren Gerichte bei einer lebensnahen Betrachtung äußerst selten mit der Materie beschäftigen (werden). Mit anderen Worten: Die Möglichkeit, Strafverfahren im Zusammenhang mit der Verwendung von Sonder- und Wegerechten auf völlig legitime Art und Weise der

---

<sup>79</sup> Vgl. oben unter Kapitel 2 A.

Entscheidungsgewalt der höheren Gerichte und somit einer überregionalen öffentlichen Aufmerksamkeit zu entziehen, ist angesichts der breit angelegten verfahrenserledigenden Optionen seitens der Staatsanwaltschaften sehr hoch.

Hierdurch ist auch zu erklären, warum in den gängigen juristischen Datenbanken kaum Rechtsprechung zu der aufgezeigten Thematik zu finden ist:

Denn diese befassen sich überwiegend mit höher- bis höchstrichterlicher Rechtsprechung. Gleichzeitig werden Themenkreise in der juristischen Literatur oft erst diskutiert, wenn entsprechende Entscheidungen aus der Praxis veröffentlicht werden. Dieser Tatsache ist wohl geschuldet, dass ein an sich sehr praxisrelevantes Thema in der Literatur bislang kaum beachtet wurde.

Dabei ist eine gründliche Prüfung im Zusammenhang mit der Nutzung von Sonder- und Wegerechten auch bezüglich derjenigen Straftatbestände, die keine schweren körperlichen Integritätsverletzungen zur Folge haben, keinesfalls obsolet. Denn selbst wenn im Ergebnis die Voraussetzungen verfahrensbeendender Möglichkeiten bei solchen Tatbeständen wegen ihrer vermeintlich geringen Gewichtung reichlich vorhanden sind, ändert dies aus rechtsstaatlichen Gesichtspunkten zunächst nichts daran, dass auch im Rahmen einer Verfahrenseinstellung diese Tatbestände einer ordnungsgemäßen strafrechtlichen Bewertung zuzuführen sind.

Aber selbst unter Bezugnahme auf die vermeintlich wichtigeren Tatbestände der §§ 222 und 229 StGB lässt sich nicht erklären, warum im Rahmen der durchgeführten Evaluation von knapp 1500 befragten Behörden, Gerichten und Einsatzorganisationen nur 45 Verfahren (Strafbefehle und Verfahrenseinstellungen eingeschlossen!) mitgeteilt wurden.<sup>80</sup> Wenn aufgrund des oben Gesagten und in Anlehnung an die hierzu geradezu superexponentiell aufgezeigte Medienberichterstattung zumindest entsprechende Verfahren, unabhängig von deren Ausgang, bestanden haben, müssten diese doch auch kongruent hierzu einer polizeilichen wie staatsanwaltschaftlichen Befassung zugänglich gewesen sein.

Insoweit lassen sich gleichwohl aus der o.g. Evaluation<sup>81</sup> Rückschlüsse und Erklärungsansätze ziehen, die sich unter anderem auch mit Feststellungen anderer Autoren zur Thematik der Sonder- und Wegerechte decken.

---

<sup>80</sup> Vgl. oben unter Kapitel 2 A.

<sup>81</sup> Aufgrund der oben unter Kapitel 2 A geschilderten wenigen Fallzahlen wird und soll die dieser Arbeit zugrunde liegende Evaluation keinem wissenschaftlichen Anspruch gerecht werden, kann aber dennoch und nicht zuletzt auch in Hinblick auf die spärlichen Rückmeldungen einen zumindest empirischen Befund zur Behandlung der Thematik durch die Justizbehörden liefern.

So führt beispielsweise auch Bockting in seiner Verkehrsanalyse bei der Nutzung von Sonder- und Wegerechten aus, dass es als „*äußerst peinlich und unangenehm empfunden wird, derartige Ereignisse außerhalb der betroffenen Institutionen zu verbreiten*“<sup>82</sup>, was sich auch in der dieser Arbeit zu Grunde liegenden Evaluation widerspiegelt, wenn mehr als die Hälfte der ca. 1400 angeschriebenen Behörden und Institutionen sich entweder gar nicht erst zurückmelden oder aber unter Bezugnahme auf abwegige und/oder falsche Gründe und Rechtsansichten keine Auskunft hierüber erteilen wollen.<sup>83</sup>

Die geringe Zahl an Strafverfahren – im krassen Missverhältnis zu den geschilderten Medienberichten – bestätigt auch die Annahme des leitenden Oberstaatsanwaltes aus Marburg, dass man bei Polizei und Justiz darum bemüht sei, sie auf dem „kleinen Dienstweg“ zu regeln und erst gar nicht einem Strafgericht zur Kenntnis zu bringen.<sup>84</sup> Dies – wie Altenkamp von der Staatsanwaltschaft Bautzen suggeriert – weil ein „verkannter Respekt“ den Einsatzfahrern gegenüber bestehe oder aber schlicht keinerlei Unrechtsbewusstsein im Rahmen der Wahrnehmung von Einsatzfahrten bestehe, selbst dann nicht, wenn es im Zuge der Verwendung von Sonder- und Wegerechten zu grundsätzlich strafbewährten Gesetzesverletzungen komme.<sup>85</sup>

Hierzu korrespondierend ist bei einer Auswertung der im Rahmen dieser Evaluation vorliegenden Entscheidungsgründe (die im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch dezidiert dargestellt werden) eine erkennbare Solidarisierung mit dem Einsatzfahrer als Straftäter seitens der Justiz festzustellen, getreu dem sich aus den unerwartet direkten Aussagen der Staatsanwälte Altenkamp und Koeppen<sup>86</sup> ergebenden Motto: „Wer sich altruistisch für andere aufopfert, soll nicht auch noch das ‚scharfe Schwert‘ des Strafrechts spüren“.

Dass also das Strafverfolgungsinteresse der hierzu berufenen Entscheidungsträger nicht sonderlich stark ausgeprägt ist, sobald Straftaten im Zusammenhang mit der Verwendung von Sonder- und Wegerechten im Raum stehen, wird auch ohne die – oder vielleicht gerade wegen – der zurückhaltende(n) Publikation von Justizentscheidungen hierzu deutlich. Insofern verwundert es kaum noch, dass selbst dann, wenn es zu öffentlichen Strafverfahren im Zusammenhang mit Sonder- und Wegerechten

---

<sup>82</sup> Bockting, Verkehrsunfallanalyse S. 10.

<sup>83</sup> Vgl. oben unter Kapitel 2A.

<sup>84</sup> Vgl. oben unter Kapitel 2A.

<sup>85</sup> Dazu unten bei der Strafzumessung näher unter Kapitel 4 D.

<sup>86</sup> Vgl. oben unter Kapitel 2A.



kommt, die verhängten Strafen sich in einem bei Strafurteilen kaum vergleichbar niedrigen Strafraumen bewegen, betrachtet man allein die wenigen im Rahmen dieser Evaluation vorliegenden Entscheidungen.<sup>87</sup>

Diese mutmaßliche Verfahrenspolitik führt aber zu dem aus wissenschaftlicher Sicht äußerst unbefriedigenden Ergebnis, dass trotz oder gerade wegen der Brisanz der Thematik die Notwendigkeit einer dezidierten und vor allem dogmatisch korrekten Befassung mit der Problematik der Sonder- und Wegerechte sowohl im öffentlich-rechtlichen, aber auch gerade im strafrechtlichen Bereich der Rechtswissenschaften bisher schlicht ignoriert wurde.

Insbesondere stellt sich somit die Frage, ob eine solch „informelle“ Handhabung strafrechtlicher Verfahren im Zusammenhang mit der Verwendung von Sonder- und Wegerechten noch in einem rechtsstaatlichen Konsens steht; vor allem dann, wenn höchste Rechtsgüter wie die körperliche Unversehrtheit und das Leben unbeteiligter Dritter zur Disposition stehen, ist es schwer zu begründen, warum solche Verfahren eingestellt oder aufgrund nicht mehr tragfähiger Strafzumessungserwägungen außerhalb einer schuldangemessenen Strafe abgeurteilt werden.

Vor allem aber wurde wohl aufgrund der o. g. „Verfahrenspolitik“ eine ernsthafte juristische Auseinandersetzung mit den strafrechtlich durchaus entscheidenden Fragen im Ergebnis unterlassen. So fehlt es bis heute an einer konsequenten und dogmatisch klar begründeten Einordnung der Sonder- und Wegerechte innerhalb des Strafrechts, sowohl hinsichtlich der Frage der grundsätzlichen Anwendbarkeit als auch bezüglich deren richtiger Einordnung und Anwendung im Hinblick auf Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit und Schuld.

Wünschenswert wäre daher, dass das durchaus praxisrelevante Thema um die strafrechtliche Relevanz der Sonder- und Wegerechte in Zukunft häufiger in Rechtsprechung und Literatur Beachtung findet.

---

<sup>87</sup> Vgl. oben unter Kapitel 2A.

Blaulicht und Martinshorn im Strafrecht  
Voraussetzungen, Anwendbarkeit und Auswirkungen  
der §§ 35 und 38 StVO  
Stevens, A.  
2016, XIV, 257 S., Softcover  
ISBN: 978-3-658-11503-6